

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 27. März 1987

Blatt 615

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr: Hauptfeststellung über Grundstückswerte ist notwendig (618/FS: 26.3.)

Kommunal/Lokal:

Edlinger: Kontrolle von Wohnbauträgern entspricht dem Gesetz (619/FS: 26.3.)

Wiener Landtag (626-629)

Wiener Gemeinderat (634 ff.)

Selbstschutzkurse: Vorbeugender Brandschutz, Schutz im Haushalt (620)

Flughafen-Sicherheitszone wird im Grundbuch eingetragen (621)

Radarbuchten an der Südost-Tangente (623)

Belebung des Donaukanals: Kunst- und Kulturmarkt geplant (624/625)

Terminvorschau vom 30. März bis 11. April (630/631)

Wasserqualität in Wiens Bädern in Ordnung (633)

Fünf Bauarbeiter bei Unfall verletzt (nur FS/26.3.)

Ab Montag Bauarbeiten in der Gerasdorfer Straße (nur FS)

Heizölaustritt in Kaserne (nur FS)

Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt (622)

Kultur:

Festival Freier Gruppen im Herbst (616/FS: 26.3.)

Literatur für junge Leser (617/FS: 26.3.)

Viennale-Filmpreis an Wolfram Paulus überreicht (632)

Festival Freier Gruppen im Herbst

Wien, 26.3. (RK-KULTUR) Unter dem Titel „Heftiger Herbst“ veranstalten die Wiener Festwochen in den Monaten September bis Dezember ein Festival, an dem rund 30 Freie Gruppen beteiligt sein werden. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Festwochen-Intendantin Dr. Ursula PASTERK stellten am Donnerstag dieses Projekt vor.

Mrkvicka verwies darauf, daß damit den Freien Gruppen wichtige Möglichkeiten der Präsentation neuer Inhalte, neuer Formen und neuer Ästhetik eröffnet werden. Die Stadt Wien fördert das Festival mit sechs Millionen Schilling, weiters sind drei Millionen aus Bundesmitteln vorgesehen. Insgesamt stellt das Kulturamt heuer für Freie Gruppen mit 14,5 Millionen Schilling soviel wie nie zuvor zur Verfügung.

Festwochen-Intendantin Dr. Pasterk betonte, daß die Festwochen für die Gruppen auch dramaturgische, technische und organisatorische Hilfe leisten. Mit fünf Uraufführungen folgender Stücke stellt das Festival auch eine wichtige Plattform für junge, aber bekannte Autoren dar: „Ersticken“ von Harald KISLINGER, „Zipf“ von Reinhard PALM, „Stark besetzt“ von Christa STIPPINGER, „Faust III“ von Peter TURRINI, „Iß und werde“ von Alexander WIDNER und „Höllgeist's Nächte“ von Babak MOHAMMADI. Neben dem Theater im Künstlerhaus als zentralem Aufführungsort des Festivals sind auch Produktionen in der Szene Wien, in der Arena, im WUK, im Museum des 20. Jahrhunderts und im Hof des Justizpalastes geplant. Zu den Gruppen, die am Festival teilnehmen, zählen unter anderem das Beinhardt-Ensemble, die Theater mbH, Chin & Chilla, die Showinisten und Netzzeit. (Schluß) gab/rr

Bereits am 26. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Literatur für Junge Leser

„Lesen – Spielen in der Stadt“ im Palais Auersperg

Wien, 26.3. (Rk-KULTUR) Im Palais Auersperg eröffnete am Donnerstag Kulturstadtrat Franz MRKVICKA die Woche „Literatur für junge Leser“, die heuer unter dem Motto „Lesen – Spielen in der Stadt“ steht. Die Jugendliteraturwoche soll dazu beitragen, Kinder und Jugendliche auf kurzweilige Art und Weise für Literatur zu interessieren und fürs Lesen zu gewinnen.

Neben Vorlesen und Erzählen stehen Begegnungen mit Autoren und Illustratoren, Mitmachaktionen wie gemeinsames Reimen, Bilderbuchfilme und Kindertheater auf dem Programm. Eltern können sich über die Buchauswahl für ihre Kinder informieren. Weitere Akzente werden mit Ausstellungen preisgekrönter Bücher aus Österreich und anderen Ländern, sowie von Sachbüchern zu Themenbereichen wie Umwelt und Arbeitswelt sowie Büchern zum Thema Frieden gesetzt.

Bei der Eröffnung der Literaturwoche, die vom Institut für Jugendliteratur mit Förderung des Kulturstadtrates der Stadt Wien gestaltet wird, las Erich SCHLEYER Geschichten aus Kinder- und Jugendbüchern. Das Programm der Literatur für junge Leser ist in der Stadtinformation (Tel. 43 89 89) in der Schmidthalle im Wiener Rathaus erhältlich. (Schluß) gab/bs

Bereits am 26. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Mayr: Hauptfeststellung über Grundstückswerte Ist notwendig

Wien, 26.3. (RK-POLITIK) Zur Kritik des Wiener FPÖ-Klubobmannes Dr. Erwin HIRNSCHALL am Donnerstag über eine geplante Hauptfeststellung der Einheitswerte erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR, eine Neubewertung des Grundvermögens in Österreich ist gesetzlich durch eine sogenannte Hauptfeststellung alle 9 Jahre vorgeschrieben. Die Finanzämter überprüfen in einer solchen Hauptfeststellung, wieweit die bei der letzten Hauptfeststellung vorgeschriebenen Einheitswerte noch dem aktuellen Stand entsprechen — wobei eine Hinaufsetzung der Werte wie eine Herabsetzung möglich sind. Er, Mayr, verstehe nicht, warum sich Hirnschall gegen eine solche Hauptfeststellung wehre, gehe es dabei doch — wie überall in Steuer- und Wirtschaftsfragen — um eine aktuelle Bewertung des Vermögens und der sich daraus ergebenden Steuer.

Es sei daher völlig in Ordnung, wenn das Finanzministerium und die Finanzämter mit Stichtag 1.1.1988 eine Hauptfeststellung der Einheitswerte anpeilen, wobei die neuen Einheitswerte ab 1.1.1989 gelten sollen. Der Ertrag der Grundsteuer werde sich auf keinen Fall — wie Hirnschall meint — in Wien von derzeit 660 Millionen auf 2 Milliarden erhöhen, das ist eine viel zu hohe und unrealistische Schätzung. Da derzeit weder der genaue Zeitpunkt für die neuen Einheitswerte feststeht und auch darüber diskutiert wird, ob nicht eine stufenweise Einführung der neuen Werte erfolgt, sind keine genauen Angaben über die finanziellen Auswirkungen möglich, betonte Mayr. (Schluß) sei/rr

Bereits am 26. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Edlinger: Kontrolle von Wohnbauträgern entspricht dem Gesetz

Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbauträger im Land Wien ist ausreichend und entspricht den Vorgaben des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zu den Forderungen von FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin Hirnschall vom Donnerstag.

Neben einer Kontrolle durch die Landesaufsichtsbehörde und den Revisionsverband, die in einem ein- bis zweijährigen Oberprüfungsrythmus erfolgt, werden Bauträger bei der Gewährung von öffentlichen Förderungsmitteln einer laufenden begleitenden Kontrolle durch ein bestelltes Bauaufsichtsorgan (Amtssachverständiger oder Zvilingenieur) unterzogen. Eine zusätzliche Kontrolle durch das Kontrollamt ist wenig sinnvoll, da auch diese Überprüfung nur nachträglich erfolgen könnte, erklärte Edlinger.

Die aufgestellte Behauptung, daß mangelnde umfassende Kontrolle von Wohnbauträgern zu direkten Schäden für Mieter, Wohnungssuchende, Nutzungsberechtigte oder für Wohnungseigentümer geführt habe, ist nicht zutreffend, betonte Stadtrat Edlinger, und würde die Wiener Wohnungspolitik in ein unverdient schlechtes Licht rücken. (Schluß)
ah/bs

Bereits am 26. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Selbstschutzkurse: Vorbeugender Brandschutz, Schutz im Haushalt

In zwei Volkshochschulen

Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Am Montag, dem 30. März, und am Freitag, dem 3. April, findet im Rahmen der Selbstschutzausbildung der Stadt Wien in der Volkshochschule Favoriten, 10., Ada-Christen-Gasse 2, jeweils um 18 Uhr ein Kurs über vorbeugenden Brandschutz statt. Am Montag, dem 30. März, und am Donnerstag, dem 2. April, gibt es in der Volkshochschule Döbling, 19., Gatterburggasse 2a, jeweils um 18 Uhr einen Kurs über Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, die Teilnahme ist kostenlos.

Ein Flugblatt mit allen Terminen der nächsten Selbstschutzveranstaltungen wird auf Wunsch von der Stadtinformation, Telefon 43 89 89, zugesandt. Diese Termine und alle Selbstschutz-Ausbildungsmöglichkeiten sowie ein Ausblick auf die Wiener Stadtrundfahrten sind auch im Tonbanddienst der Wiener Stadtinformation, Telefon 15 25, zu hören. (Schluß)
and/rr

Flughafen-Sicherheitszone wird im Grundbuch eingetragen

Praktisch nur formale Bedeutung

Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Aufregung herrschte und herrscht bei Wiener Haus- und Grundbesitzern, denen Beschlüsse der Bezirksgerichte ins Haus flattern, wonach im Grundbuch für ihr Grundstück eine Bebauungsbeschränkung wegen der zum Flughafen gehörenden Sicherheitszone eingetragen wurde. Die Besorgnis ist unnötig, denn die Eintragung bedeutet so gut wie keinen Eingriff in die Bebauungsmöglichkeit einer Liegenschaft, weil die Bestimmungen nur vorsehen, daß kein Gebäude zwischen Stadtzentrum und Flughafen mehr als 275 Meter Seehöhe überschreiten darf. Und das ist selbst bei Hochhäusern nur auf dem Wienerberg und dem Laaer Berg möglich.

Bereits im Jahre 1976 wurde eine Verordnung des Verkehrsministeriums über die zum Flughafen Schwechat gehörende Sicherheitszone kundgemacht. In dieser Sicherheitszone dürfen keine Luftfahrthindernisse errichtet werden. Nach dem Luftfahrtgesetz müssen die Beschränkungen, die sich aus der Sicherheitszonen-Verordnung ergeben, im Grundbuch anmerkt werden. Von den zuständigen Bezirksgerichten wird dies nun nach und nach durchgeführt, und daher erhalten die Liegenschaftseigentümer im betroffenen Stadtgebiet entsprechende Verständigungen. Das ist nur von formaler Bedeutung, denn die Beschränkungen bestehen auch dann, wenn sie noch nicht im Grundbuch eingetragen sind. In der Praxis kann es dem einzelnen nicht passieren, diese Beschränkung zu übersehen, denn nach einem Antrag um Baubewilligung wird von der Baupolizei zur Bauverhandlung auch ein Vertreter des Flughafens eingeladen. (Schluß)
and/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt

Wien, 27.3. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 1. April, findet um 14.30 Uhr im Festsaal im Alten Rathaus, Wipplingerstraße 8, eine Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. Fragen der Dezentralisierung, darunter die jetzt in jedem Bezirk vorzunehmende Wahl eines Finanz- und eines Bauausschusses, sowie das Bauprojekt am Stockim-Eisen-Platz, das ehemalige Haas-Haus. (Schluß) sti/rr

Radarbuchten an der Südost-Tangente

Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Am Montag kommender Woche beginnen die Arbeiten zur Herstellung von 13 Radarbuchten an der Südost-Tangente und einer Bucht an der Südbahn. Infolge dieser Arbeiten wird es ab Dienstag auf die Dauer von etwa einem Monat zu geringfügigen Verkehrsbehinderungen auf dem jeweils rechten Fahrstreifen kommen. (Schluß)
sc/rr

Belebung des Donaukanals: Kunst- und Kulturmarkt geplant

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Am Donaukanal, früher ein beliebtes Freizeitgebiet mitten in der Stadt, wurden in den vergangenen Jahren bereits einige Attraktionen geschaffen — vom Stadtradiweg bis zur „Johann Strauß“. „Der Donaukanal ist aber als innerstädtischer Erholungsbereich noch nicht attraktiv genug und wird daher von den Menschen auch nicht entsprechend genutzt. Ich habe daher nun gemeinsam mit dem Volkswbildungswerk, dem »Verein Bootschaft« und Fachleuten der Stadt neue Vorschläge erarbeiten lassen. In der nächsten Zeit sollen entsprechende Aktivitäten, wie etwa ein Kunst- und Kulturmarkt in der Nähe der Kaiserbadschleuse, attraktive Veranstaltungen, neue gastronomische Betriebe, aber auch Lärmschutzmaßnahmen und wenn möglich ein Fischrestaurant, gesetzt werden“: Das betonte Stadtrat Helmut BRAUN am Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Der Donaukanal hat gerade heute durch die Belebung der Innenstadt neue Chancen, zum wichtigen Freizeit- und Kulturgebiet am Wasser zu werden. Trotz günstiger städtebaulicher Lage ist der Donaukanal allerdings im Bewußtsein der Wienerinnen und Wiener sozusagen nicht mehr verankert — schlechte Erreichbarkeit in manchen Bereichen und zu geringes Unterhaltungs- bzw. Freizeitangebot spielen hier eine Rolle. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die für den Donaukanal nun vorgesehen sind, gehören

- Wasserliegeplätze für Bootfahrer, vor allem für Kanuten („Wasserwanderer“), in der Nähe der Kaiserbadschleuse. Bei der Wasserstraßendirektion wurde auch bereits angeregt, eine Untersuchung über Möglichkeiten und Kosten der Restaurierung der ehemaligen Schleusen durchführen zu lassen;
- und/oder ebenfalls in der Nähe der Kaiserbadschleuse die Errichtung eines sogenannten Fischkelters, also eines Fischbehälters. Dieser könnte, wenn die Schifffahrtsschleuse abgedichtet wird, mit Wasser aus einem nahegelegenen Brunnen gespeist werden (mit den kommenden Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität der Donau würde natürlich auch die Wasserqualität des Donaukanals verbessert; auch durch den bereits in Bau befindlichen Entlastungskanal zum Rechten Hauptsammelkanal gibt es zusätzliche Verbesserungen). Ideale Ergänzung dazu wäre ein Fischrestaurant, das unter der Rampe der Salztorbrücke entstehen könnte.
- Ein Kunst- und Kulturmarkt ebenfalls im Bereich der Kaiserbadschleuse oberhalb der Salztorbrücke. Die Stadt Wien unterstützt aber auch schon seit Jahren Bemühungen verschiedener Organisationen wie z. B. der Gärtner aus Wien und NÖ, einen eigenen Gemüsemarkt durchzuführen oder die Abhaltung von Festen wie z. B. Lichterfest, das in den letzten Jahren mehrmals durchgeführt wurde.
- Sollte es möglich sein, Gewerbebetriebe unter den Stadtbahnbögen im Bereich Spittelauer Lände (Nähe Universitätszentrum!) abzusiedeln — die Kosten dafür sind derzeit allerdings nicht abschätzbar — könnten die freierwerdenden Lokale ebenfalls für kunstgewerbliche Zwecke bzw. Gastronomiebetriebe genutzt werden.
- Verbesserung des Lärmschutzes und der gärtnerischen Gestaltung am linken Ufer des Donaukanals im Abschnitt zwischen Nordbrücke und Friedensbrücke; dieser Abschnitt wird bereits teilweise als „Sonnenufer“ von Erholungssuchenden frequentiert und könnte um rund fünf Millionen Schilling noch attraktiver gestaltet werden.
- Restaurierung der Kaiserbadschleuse oberhalb der Salztorbrücke, wobei auch das ehemalige Schleusenwärterhaus auf dem Strompfeiler wieder Platz fände. Auch historische Kandelaber könnten hier wieder aufgestellt werden.

- Verbesserung der Erreichbarkeit des Donaukanals für die Bewohner des 19. und einzelner Teile des 9. und 18. Bezirks, etwa durch einen Fußgeherabgang (möglicherweise mit Rampe für Radfahrer und Kinderwagen) von der Gürtelbrücke.

- Ansiedlung weiterer gastronomischer Betriebe als Ergänzung zur „Johann Strauß“ — außer dem bereits erwähnten Fischrestaurant wären ein Stadtheuriger mit wechselnden Angeboten aus verschiedenen Weinbaugebieten (in Zusammenhang mit dem Tourismus für die Weinwirtschaft sicher interessant), ein Lokal, das das Bermuda-Dreieck ergänzt, sowie eine Cafe-Konditorei unter Einbeziehung des Showboots vorstellbar. Im Bereich des 2. Bezirks könnte eine Milchtrinkstube entstehen. Selbstverständlich werden diese Überlegungen unter Berücksichtigung der Ruhebedürfnisse der Anrainer und nach Absprache mit den betroffenen Bezirken angestellt.

Städtebaulich wünschenswert wäre außerdem ein höherer Wasserstand, um häßliche Ufer (zum Beispiel bei der „Johann Strauß“) zu verstecken. Eine Möglichkeit dazu wäre eine höhere Durchflußmenge, wie sie durch einen Aufstau Wien ermöglicht werden könnte. Ein weiterer Vorteil größerer Wassermengen im Donaukanal wäre auch die geringere Behinderung der Donaukanal-Schiffsrundfahrten. (Schluß) hrs/bs

Wiener Landtag

Fragestunde

Die Sitzung des Landtages unter dem Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), oberbereit sei, auf die zuständigen Ministerien einzuwirken, im Zusammenhang mit der Umstellung der Kfz-Kennzeichen den Unfug mit der Vergabe von drei-, vier- und fünfstelligen Kennzeichen abzustellen, antwortete LH Dr. ZILK, daß diese Angelegenheit nicht in seine Kompetenz falle. Er meine jedoch, daß jene, die auf solche Marotten Wert legen, dafür Abgaben zahlen sollten; in den USA und in der BRD sei dies eine übliche Praxis. Wichtig sei hingegen, die Sichtbarkeit der Kennzeichen zu erhöhen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Ing. WORM (ÖVP), in welcher Form die Umweltverträglichkeitsprüfung der Staustufe Wien durchgeführt werden soll, antwortete LH Dr. ZILK, daß die Frage der Umweltverträglichkeitsprüfung Gegenstand einer Regierungsvorlage ist und auch das Wasserrechtsgesetz Anhaltspunkte dafür enthält. Sollte sich eine Kompetenz für Wien herausstellen, werde unter Einbeziehung aller Fachleute eine geeignete Form gefunden werden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie er den Umstand beurteile, daß der Bund offensichtlich nicht bereit sei, das seinerzeit mit Minister Übleis vereinbarte Kulturbautenprogramm für Wien einzuhalten, antwortete LH Dr. ZILK, man müsse wohl akzeptieren, daß die Budgetsanierung auch hier Einschränkungen verlange, doch gebe es fixe Zusagen für die Fortführung der Renovierung der Hofburg, der Jesuitenkirche und des Palmenhauses. Auch werden neue Finanzierungsmöglichkeiten gesucht. Nicht zu denken sei an die Möglichkeit, die Stadt Wien könnte im Rahmen eines „Notbudgets“ Aufgaben des Bundes übernehmen. Dies würde der Bundesverfassung widersprechen und dazu führen, daß die Länder zunehmend Aufgaben des Bundes übernehmen müßten.

Zur VIERTEN ANFRAGE von LABg. Dr. HÄUPL (SPÖ), ob Wien Entschädigungsleistungen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl erbracht habe, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß gemäß dem Strahlenschutzgesetz finanzielle Beiträge des Bundes im Rahmen der unmittelbaren Bundesverwaltung durch das Land Wien zur Auszahlung gekommen sind. Aufgrund einer Verordnung des Finanzministeriums wurde an 330 Gemüseproduzenten ein Betrag von 34 Millionen Schilling bereits im Herbst des Vorjahres ausbezahlt. Darüber hinaus wurde nach dem novellierten Katastrophenfondsgesetz zusätzlich ein Betrag von etwa 8 Millionen Schilling ausbezahlt. Wien hat damit zugleich als erstes Bundesland derartige Entschädigungsleistungen ausbezahlt. Eine Verordnung für Milch und Milchprodukte ist zu erwarten, sagte Mayr.

Zur FÜNFTEN ANFRAGE von LABg. REITER (SPÖ), welche Begünstigungen durch die 1985 erfolgte Novelle zum Müllabfuhrgesetz erreicht wurden, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß bisher für jede Liegenschaft 52 Einsammlungen von Müllgefäßen jährlich vorgeschrieben waren. Um Härtefälle zu vermeiden, wurde die Möglichkeit einer Reduzierung auf 30 Einsammlungen geschaffen. Bisher wurden über 730 Ansuchen um Herabsetzung der Einsammlungen gestellt.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP), wie sich eine Aussage über das von der Jury ausgewählte Projekt einer Staustufe Wien, das in die Einreichung zur wasserrechtlichen Bewilligung eingearbeitet werden solle, mit der Tatsache vereinbaren lasse, daß es auch eine sogenannte Nullvariante geben könnte, sagte StR. HATZL (SPÖ), daß die Nullvariante als Möglichkeit, aber nicht als Tatsache zu verstehen sei. Die Aus-

arbeitung eines „Amtsprojektes“ wurde von der DoKW nicht bestätigt, betonte Hatzl.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), welche Auswirkungen für das Land Wien die Abschaffung der Zweckbindung des auf den Bund entfallenden Teiles der Mineralölsteuer haben wird, sagte StR. HOFMANN (SPÖ), daß die Bundesstraßenverwaltung Wien für das Bauprogramm für 1987 mehr als eine Milliarde Schilling vorgesehen hat und diese Mittel so wie 1986 auch ausgeschöpft werden sollen. Die lange Bauzeit bei dem geplanten Umbau der Triester Straße sei durch das hohe Verkehrsaufkommen bedingt. Generell und im besonderen im Hinblick auf die Ergebnisse der Gürtelkommission seien in Zukunft höhere Geldmittel für den Bundesstraßenbau in Wien wünschenswert.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. STEINBACH (SPÖ) nach dem letzten Stand der Planungsarbeiten zum Gürtel und der West- und Südeinfahrt, sagte StR. HOFMANN, daß die Planungsempfehlungen der Gürtelkommission die Kriterien der Lebensqualität der Anrainer, der Forcierung des öffentlichen Verkehrs und der Parkraumbeschaffung sowie der Nichtausweitung des Individualverkehrs in den Vordergrund stellen. Dies soll durch ein Bündel von Maßnahmen wie Fahrbahnabrückungen von den Häusern und teilweise Tieflegungen von Fahrbahnen, wo dies sinnvoll erscheint, erreicht werden.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen er ergreifen werde, um Wohnbauförderungsmittel für Planungsleistungen nur an Personen und Firmen mit Architektenbefugnis zur Auszahlung kommen zu lassen, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß dies auf Grund des Einreichverfahrens, in dem die Pläne nur von befugten Architekten und Baumeistern erstellt werden dürften, ohnedies gegeben sei. Behauptungen, daß eine Privatfirma hier in unbefugter Weise an den Planungskosten partizipiert habe, seien ihm nur aus den Medien bekannt. Eine Prüfung einer privaten Firma durch die Stadt Wien sei derzeit nicht möglich, er könne sich jedoch vorstellen, sich einem diesbezüglichen Antrag des Fragestellers hinsichtlich einer generellen Änderung anzuschließen.

Die Änderung der Wiener Naturschutzverordnung, der Naturschutzbericht, das Landschaftsschutzgebiet Mauer-Kalksburg, die Naturdenkmäler Toter Grund und Sternwarteareal, die Gründung eines Nationalparks Donau-Teilbereich Wien, die Aktivitäten und Vorhaben des Vereines Naturpark Donauauen, die Grundideen für ein Nationalparkgesetz und die Diskussion über den Donaauraum Wien und die Vorlage eines Entwurfes des Naturschutzberichtes 1986 seien Themen der bisherigen Sitzung des Naturschutzbeirates gewesen, erklärte Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. HAAS (SPÖ). Der Naturschutzbeirat arbeite aufgrund seiner Besetzung mit hochrangigen Fachleuten besonders zielführend und biete Hilfe bei wichtigen Problemen, wie z. B. bei Maßnahmen gegen das Baumsterben.

Forts. von Blatt 626

Forts. auf Blatt 628

Heilvorkommen- und Kurortgesetz

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Heilvorkommen- und Kurortgesetz. Sie enthält den Einsatz der Kurkommission durch Organe der Gemeinde Wien, die Schaffung eines Bereites für Angelegenheiten des Kurwesens, die Anpassung an die bestehende Rechtslage und die ausdrückliche Bezeichnung einzelner Angelegenheiten als solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen

Dringliche Anfrage

Einstimmig beschlossen wurde die Beratung einer Dringlichen Anfrage der FPÖ. Es geht darin um die Wahrnehmung der Aufsichtspflicht der Stadt Wien im Zusammenhang mit der Gewährung von Sonderrabatten, Veranlassungen für eine Schadensgutmachung für die betroffenen Wohnungswerber, Maßnahmen zur Aufklärung nicht gerechtfertigter Abzweigungen von Architektenhonoraren, aufsichtsbehördliche Konsequenzen und die Bindung der Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln an die Zustimmung zur Kontrolle durch das Kontrollamt.

In seiner Begründung der Dringlichen Anfrage erklärte LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), der Landtag müsse Konsequenzen aus den Vorkommnissen im Gemeinnützigen Wohnbau ziehen. Die Kontrolltätigkeit sowohl des Prüfverbandes als auch der zuständigen Stelle der Stadt Wien sei ineffizient. Die Sozialbau habe Sonderrabatte einer Baustoffirma nicht den Wohnungswerbern weitergegeben, ein anderes Unternehmen, die GWV, habe Anteile an Architektenhonoraren kassiert. Hirnschall forderte StR. Edlinger auf, eine Untersuchung einzuleiten, wieviel Geld diesem Unternehmen zugeflossen und was damit geschehen ist. Ausständig sei auch noch die Auskunft über die weitere Tätigkeit von drei Wohnbauvereinigungen, die in finanziellen Schwierigkeiten waren.

LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) wies Hirnschalls Vorwürfe zurück und erklärte, die von Hirnschall zitierte GWV habe die Berechtigung für das planende Baumeistergewerbe und sei damit auch berechtigt, die gleichen Leistungen wie Architekten zu erbringen. Die GWV als „Pfuscher“ zu bezeichnen, sei falsch. Die ÖVP bekenne sich dazu, verschiedene Leistungen an unterschiedliche Unternehmen zu vergeben, das Ziel einer Verbesserung der Architektur sei erreicht worden.

LABg. Dr. SWOBODA (SPÖ) meinte, daß die von LAbg. Dr. Hirnschall geäußerten Vermutungen zwar nicht zu überprüfen sind, aber Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit über manchmal fehlende Transparenz im Wohnbaubereich sind. Eine Aufklärung durch mehr Klarheit und Offenheit sei aber gerade im Fall der „Gesellschaft für Wohnungs-, Wirtschafts- und Verkehrswesen GesmbH & Co KG“ (GWV) durch den Gründer der Firma, den Ex-Direktor des Stadterneuerungsfonds Erwin Wippel, angebracht. Will man Kontrolle verbessern, so sollte das nicht durch eine Vervielfachung geschehen, sondern durch eine höhere Effizienz der bestehenden Kontrollinstrumente, betonte Swoboda.

LABg. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) meinte, daß es nicht Überzeugung der ÖVP sein könne, die Vorgänge rund um die „GWV“ zu verteidigen. Der genossenschaftliche Prüfverband sei zwar im großen und ganzen seinen Aufgaben nachgekommen, doch habe er massive Pleiten, durch die Mieter zu Leidtragenden wurden, nicht verhindern können. Wenn öffentliche Mittel vergeben werden, dann müsse eine Überprüfung und Kontrolle möglich sein. Dr. Pawkowicz verlangte eine Trennung von Planung und Ausführung von Bauvorhaben sowie „saubere“ Verhältnisse im Wohnbaubereich.

LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) sprach in seiner zweiten Wortmeldung von „politischem Spott und Hohn“ der FPÖ und richtete an die SPÖ den Vorwurf,

Forts. von Blatt 627

Forts. auf Blatt 629

daß diese mangelnde Transparenz nur im ÖVP-nahen Wohnbaubereich feststellen wolle.

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sprach von einer unentschuldbaren Fehlleistung, daß „über Druck der ÖVP“ dem Ex-Direktor des Stadterneuerungsfonds, Erwin Wippel, eine Abfertigung in der Höhe von 1,8 Millionen Schilling sowie eine Urlaubsabfertigung für 41 Tage in der Höhe von 279.000 Schilling ausbezahlt worden sei.

Präsident SALLABERGER (SPÖ) bedauerte, daß die Emotionen in dieser Diskussion ausufernten und rief zu mehr Sachlichkeit auf. Seinen Informationen nach habe die „TERRANOVA“ mit Mitarbeitern der „Sozialbau“ eine Vereinbarung getroffen, daß sie im Falle einer Auftragserteilung durch die Sozialbau bereit wäre, Inserate mitzufinanzieren. Die Höhe habe 500.000 Schilling innerhalb von sechs Jahren betragen. Er persönlich sei verwundert, weshalb die Wohnbaugenossenschaft nicht selbst diese Inserate getätigt habe. Wenn die FPÖ Kontrolle bei der Vergabe öffentlicher Mittel verlange, dann verlange das Kontrolle auch bei jeder Wirtschaftsförderung. Tatsächlich ist die Kontrolle im Wohnbaubereich wesentlich besser und seien Pleiten weniger häufig. Die Wahrnehmungsberichte des Prüfverbandes seien ein wirksames Mittel zur Selbstkontrolle der Wohnbauvereinigung.

LAbg. Dr. MAIER (ÖVP) verlangte mehr Ehrlichkeit und Anstand von der FPÖ und meinte, daß die Vorwürfe gegen die „GWV“ widerlegt worden sind. In einem anderen Zusammenhang sprach er von einem „Alibi-Vorschlag“, wenn SPÖ-Gemeinderäte, die in Gemeindewohnungen leben, ein „Bußgeld bezahlen, um ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen“. Er erwarte eine Zustimmung der SPÖ zur Kontrolle der Wohnbauvereinigungen durch das Kontrollamt.

StR. EDLINGER (SPÖ) zeigte sich berührt von den Emotionen, die die Debatte geprägt haben. Das Gebot der Sachlichkeit müsse bei schwierigen Problemen in den Vordergrund treten. „Argumentationskraft kann nicht durch Lautstärke entstehen“, betonte der Stadtrat. Im Revisionsverband, der für die Prüfung der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen zuständig ist, sind unabhängige und weisungsfreie Prüfer an der Arbeit. Diese Prüfung setzt sehr früh ein, um entsprechende Maßnahmen bei Fehlentwicklungen setzen zu können. Bei der Überwachung von in Wien tätigen Bauträgern werden sehr strenge Richtlinien angewendet und Gemeinnützige Bauträger in einem ein- bis zweijährigen Rhythmus geprüft. Allein 1986 wurden 55 derartige Prüfungen durchgeführt, wobei in nur zwei Fällen eine außerordentliche Prüfung durch die Landesaufsichtsbehörde (MA 50) notwendig war. Aufgrund dieser Kontrollen durch die MA 50 hätten schon mehrere Wohnbaugesellschaften ihren Sitz in andere Bundesländer verlegt, darunter auch in die Steiermark, wo laut Aussage von Dr. Hirsenschall eine so besonders „gute“ Kontrolle bestehen soll. Eine prinzipielle Änderung der Kontrollinstrumente sei daher nicht notwendig, wohl aber solle man über eine Verbesserung diskutieren. Wenn sich herausstellen sollte, daß Mieter oder Nutzungsberechtigte der „Sozialbau“ einen nachweisbaren Schaden erlitten haben, dann werde er persönlich dafür Sorge tragen, daß diese ihr Geld zurückbekommen, betonte Edlinger. Vorerst laufe noch die von der „Sozialbau“ selbst gewünschte Sonderprüfung. In den Streit der Architekten und planenden Baumeister werde er sich nicht einmischen, sondern die bestehenden Gesetze beachten. Im Interesse der Stadterneuerung wolle er aber auf eine Mitarbeit aller nicht verzichten.

In Beantwortung der dringlichen Anfrage erklärte StR. Edlinger, daß nach seinen Informationen die „Sozialbau“ keine Sonderrabatte abgezweigt hätte. Sollte dies der Fall sein, so würde in jedem Fall eine Rückzahlung im aufsichtsbehördlichen Verfahren aufgetragen. In Wien seien Privatfirmen ohne Planungsbefugnis im Bereich Gemeinnütziger Wohnbauträger nicht tätig. Zusätzliche aufsichtsbehördliche Maßnahmen sind derzeit nicht notwendig und eine zusätzliche Überprüfung durch das Kontrollamt nicht sinnvoll.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 12.33 Uhr. (Schluß) ah/bs

Forts. von Blatt 628

Terminvorschau vom 30. März bis 11. April

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 30. März bis 11. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 30. MÄRZ:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, U-Bahn-Bericht (Schacht Siebensterngasse, Zufahrt 7, Siebensterngasse 9)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 31. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Ministerialrat Dr. Friedrich Langer, o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Alfred Slibar und o. Univ.-Prof. Dr. Karl Wolf (Steinerner Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 1. APRIL:

9.00 Uhr, Überreichung der Otto-Glöckel-Medaille durch StR. Smejkal an Oberinspektor Ernst Weber (Arbeitszimmer, Smejkal)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher, Impfkationen des Gesundheitsamtes (PID)

11.00 Uhr, Tunnelanschlag im Bauabschnitt U 3/9 „Herrengasse“, StR. Hatzl (Tunnelpatin: Dagmar Koller) (1, Minoritenplatz)

13.00 Uhr, Kontrollausschuß

DONNERSTAG, 2. APRIL:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Presseführung „Zauber der Medusa“ (Künstlerhaus)

11.00 Uhr, Dekretüberreichung durch Vizebürgermeister Mayr „Regierungsrat“ an OAR i.R. Rudolf Mittermayer (Steinerner Saal I, Rathaus)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vizebürgermeister Mayr an Dkfm. Wilfried Ferch, (Steinerner Saal, Rathaus)

18.00 Uhr, Bgm. Zilk — Eröffnung der Ausstellung „Zauber der Medusa“ (Künstlerhaus)

19.00 Uhr, Bgm. Zilk — Symposium „Wien — Die Stadt und die Wissenschaft“ (Wappensaal, Rathaus)

FREITAG, 3. APRIL:

10.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Bediensteten Bgm. Zilk, StR. Seidl (Festsaal, Rathaus)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

16.00 Uhr, Überreichung der Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Kardinal DDr. Franz König, die Österreichische Sektion der Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International“ und die medizinischen Selbsthilfegruppen in Wien (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

SONNTAG, 5. APRIL:

4. Wiener Frühlingsmarathon

MONTAG, 6. APRIL:

- 9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Planung und Stadtentwicklung
- 11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales
- 11.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen, Bgm. Zilk, Präsident Matzenauer (Wappensaal)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)
- 13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Braun an Branddirektor Dipl.-Ing. Karl Abulesz (Festsaal der Zentralfeuerwache, 1, Am Hof 9)
- 13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Komm.-Rat Kurt Ehm, Baurat h.c. Dipl.-Ing. Walter Friedreich, Alois Sedlarik, Robert Springer und Helene Holly-Gieszer (Steinerner Saal I, Rathaus)

DIENSTAG, 7. APRIL:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen
- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Elliot Welles (Arbeitszimmer, Bgm.)
- 14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie
- 18.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener SPÖ mit Volker Hauff und Klubobmann Dr. Swoboda (Rathauskeller)

MITTWOCH, 8. APRIL:

- 9.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Braun „Grünprogramm 1987“ (PID)
- 10.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Festwochen (Theater a.d.Wien)
- 12.00 Uhr, Ehrenmedaillenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Prof. Hubert Aratym und H.C.Artmann (Roter Salon, Rathaus)
- 15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Oberin i.R. Waltraud Bachofner, Oberschwester i.R. Edith Czech, Schuloberin i.R. Liselotte Dankovsky und Oberschwester i.R. Hedwig Heiling (Steinerner Saal I, Rathaus)

DONNERSTAG, 9. APRIL:

- 10.00 Uhr, Bgm. Zilk, Beginn der Pflanzung eines Gedenkwaldes für die Wiener Opfer des Holocausts (22, Silberergasse — Rosenbergstraße, Zufahrt: über Eßlinger Hauptstraße)

VOM 9. BIS 12. APRIL:

- Blumenschau in der Volkshalle (täglich 10 bis 19 Uhr)

FREITAG, 10. APRIL:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik
- 10.00 Uhr, Abfahrt zur Presseführung „Drüber und Drunter“ in der Hermesvilla (Friedrich Schmidt-Platz)
- 11.00 Uhr, Beginn der Presseführung in der Hermesvilla
- 11.30 Uhr, Pressekonferenz Erzbischof Dr. Groer und Bgm. Zilk, Aktion zur Sanierung des Stephansdomes (Stephansdom)
- 15.00 Uhr, Dekretüberreichung „Regierungsrat“ durch StR. Mrkvicka an OAR i.R. Josef Schertler (MA 10) (Steinerner Saal, Rathaus)

SAMSTAG, 11. APRIL:

- Beginn „Osterferien in Wien“, Woche der Wiener Kinder- und Jugendorganisationen.

(Schluß) red/rr

Viennale-Filmpreis an Wolfram Paulus überreicht

Wien, 27.3. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Donnerstag abend im Rahmen der „Wiener Filmnacht“ im Hotel Hilton an Wolfram PAULUS den „Wiener Filmpreis“, der anlässlich der diesjährigen Viennale erstmals vergeben wurde. Paulus erhielt den Preis für seinen Film „Heidenlöcher“. Der Sachwert des Preises wurde von der Firma Kodak in Form von Filmmaterial im Wert von 200.000 Schilling für den nächsten Film von Paulus zur Verfügung gestellt.

Weiters überreichte Mrkvicka den von der Zentralsparkasse mit 100.000 Schilling dotierten „Preis des Bürgermeisters der Stadt Wien“, den Axel CORTI für „Welcome in Vienna“ erhielt, und das Goldene Ticket an Niki LIST, dessen Film „Müllers Büro“ von über 400.000 Besuchern gesehen wurde. (Schluß) gab/rr

Wasserqualität in Wiens Bädern In Ordnung

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wasserqualität in Wiens Bädern ist in Ordnung. Dies ergab eine vom Kontrollamt über Auftrag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK durchgeführte Überprüfung. Dies gilt auch für die Wasserqualität der Kurbetriebe Heilquelle Wien-Oberlaa.

Wie es in dem vorliegenden Bericht über die Wasserqualität des Kurbades Oberlaa heißt, wurden erhöhte Keimzahlen lediglich zum Teil in den schwefelhaltigen Therapiebecken — nach entsprechender Patientenfrequenz — gefunden. Bekanntlich werden diese Becken abends desinfiziert, sodaß morgens bei Beginn des Badebetriebes wieder einwandfreies Badewasser zur Verfügung steht. Dieses Badewasser mit chemischen Zusätzen anzureichern, ist allerdings wegen dessen Schwefelgehalts nicht möglich. In diesem Zusammenhang richtet sich daher der Appell an die Benutzer dieser Becken, in verstärktem Maße auf Hygiene zu achten und jede Verunreinigung zu vermeiden. Bei Nichteinhaltung eines Mindestmaßes an Hygiene nützt auch der alle eineinhalb Stunden erfolgende Wasseraustausch nicht. Nach Auskunft der Experten gibt es ähnliche Situationen auch in anderen therapeutischen Schwefelbädern Österreichs.

Keine Gesundheitsgefährdung

Laut Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER besteht allerdings auch bei Erhöhung der Keimzahlen keine Gesundheitsgefährdung. Seiner Meinung nach sollte trotzdem versucht werden, künftighin zu verhindern, daß während des Tages die Keimzahlen zunehmen. Aus diesem Grund wird daher versucht, die Frequenz der Badenden pro Therapiebecken zu reduzieren, bzw. durch kurzfristige Wasserkontrollen und Aufklärung der Patienten eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation zu erreichen. (Schluß) zi/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderats wurde mit der Fragestunde eröffnet. Die Fragen 1 und 3 wurden zurückgezogen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), an wen das rund 250.000 Qadratmeter große Messegelände zur Finanzierung der Weltausstellung verkauft werden soll, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß diese Version eine mißverständliche Interpretation einer Aussage seinerseits darstelle. Generell sind die Kosten für eine Weltausstellung von der Infrastruktur und damit auch vom Standort abhängig. Bezüglich der Teilnahme Ungarns gibt es noch keine offizielle Antwort.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. KREMNIETZER (SPÖ) nach dem Baufortschritt beim SMZ-Ost sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß der Zeitplan bei diesem Krankenhaus durch die teilweise Vorziehung von Bauteilen sogar unterschritten werden konnte. Es sei jedenfalls mit einem zeitgerechten Abschluß der Arbeiten zu rechnen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wieviel die Reparatur der Sturmschäden am Dach des Rinter-Zeltes kosten wird, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß diese Kosten rund zwei Millionen Schilling betragen, die jedoch durch eine Sturmschadenversicherung abgedeckt sind. Darüber hinaus sind weitere Verbesserungen für die Dachhaut des Zeltes in Überlegung, generell entspricht die Konstruktion jedoch den Anforderungen.

In Beantwortung der SECHSTEN ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) bestätigte Vizebürgermeister MAYR, daß der Bund seine 50 Prozent-Anteile an der Flughafen Wien-Betriebs GesmbH. den Ländern Wien und Niederösterreich zum Kauf angeboten hat. Detailgespräche seien noch ausständig. Der Flughafen sei eine Infrastruktureinrichtung, und er halte es nicht für sinnvoll, Anteile an Private, die aus völlig anderen Branchen kommen, zu verkaufen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), wie die Verhandlungen mit dem Bund zur Abdeckung der Schulden des Raimundtheaters stehen, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß sich seit seinem letzten Bericht im November des Vorjahres keine Veränderungen ergeben hätten. Die Forderungen Wiens an den Bund seien nach wie vor aufrecht. Er wolle vor den Verhandlungen darüber aber keine taktischen Fehler machen. Inklusiv der Zinsen liegt der Schuldenstand des Raimundtheaters derzeit bei 140 Millionen.

In 42 Fällen wurden Betrieben, die durch den U-Bahn-Bau wesentlich beeinträchtigt sind, Unterstützungen gewährt, sagte Vizebürgermeister MAYR in Beantwortung der ACHTEN ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPÖ). Das System, daß Stützungsaktionen gemeinsam mit der Interessensvertretung durchgeführt werden, hat sich bewährt. Bei Existenzgefährdung der Betriebe gebe es Zinsenzuschüsse zwischen 40 und 80 Prozent. In besonderen Fällen werden sogar Bargeldzuweisungen gegeben.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), erklärte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), der Wettbewerb „Chancen für den Donauraum“ habe eine Fülle von Ideen und eine gute Basis für die 2. Bearbeitungsstufe ergeben. Es habe solch einen umfassenden Wettbewerb, bei dem 166 Arbeiten eingereicht wurden, in der Zusammenstellung Projekts-, Landschafts- und Stadtentwicklungsplanung, noch nie gegeben. Dies gilt auch für die Möglichkeiten für Studenten und interessierte Bürger, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Man habe, erklärte Hofmann, die Absicht, die Bezirksvertretungen in der 2. Bearbeitungsstufe einzuschalten. Die Bevölkerung werde nicht nur informiert, sondern könne in Befragungs-

form aktiv teilnehmen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), erklärte StR. HATZL (SPÖ), der Filterkuchen der Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau werde von der Firma Kommunalservice entsorgt. Die Entsorgung erfolge auf der gegenwärtigen gesetzlichen Grundlage, wonach der Produzent des Filterkuchens den Deponieort nicht kennen müsse. Die Firma Kommunalservice habe ihm keine Angaben über den Entsorgungsort gemacht, erklärte Hatzl. Derzeit arbeiten die Heizbetriebe Wien an einer Ausschreibung für Entsorger und Deponien.

Der Baufortschritt bei der U 3 und der U 6, erklärte StR. HATZL auf die ELFTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ) sei im Termin- und Kostenrahmen. 1986 seien im Rahmen des U-Bahn-Baues rund 3,5 Milliarden Schilling investiert worden, was eine Steigerung gegenüber 1985 um 27 Prozent bedeute. Es sei dies die höchste Jahresrate bisher. Diese Investitionssteigerung habe auch eine positive Auswirkung auf die Bauwirtschaft gezeigt.

Die ZWÖLFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dr. NEUBERT (ÖVP), wie hoch die Wasserverluste im städtischen Rohrnetz durch undichte beziehungsweise schadhafte Rohre im Jahre 1986 waren, antwortete StR. BRAUN (SPÖ), daß die Verluste 12 Prozent der Einspeisung betragen haben. Zwischen 1971 und 1980 wurde eine entscheidende Verringerung der Verluste erreicht, seither sind sie geringfügig angestiegen. Um einen Rückgang des Wasserverlustes zu erreichen, wurde die Lecksuche intensiviert, die Spül- und Betriebswasserverbräuche wurden reduziert, durch Montage von Zählern kann nun auch der Verbrauch von Parkbewässerung erfaßt werden, es werden Rohrleitungen getauscht usw. Für Erneuerungen beim Rohrnetz, bei den Hausanschlüssen und im Bereich von Behältern werden verstärkt Mittel bereitgestellt. Soweit in Wien aggressive Grundwässer eine Gefahr für die Rohre darstellen, ist festzustellen, daß diese Wässer meist von außerhalb der Stadt kommen. Abhilfemaßnahmen müssen im jeweiligen Einzelfall entschieden werden.

Festival „Japan in Wien“

GR STRANGL (SPÖ) beantragte die Genehmigung einer Ausfallshaftung von 700.000 Schilling für das Festival „Japan in Wien“.

GR LANGHAMMER (ÖVP) kritisierte das Ansteigen des Defizits dieser Veranstaltungsserie, das auch durch das Fehlen eines künstlerischen und wirtschaftlichen Managements verursacht werde. In dieser Form stelle „Japan in Wien“ eine vergebene Chance dar.

GR HANKE (SPÖ) wies auf die begeisterte Aufnahme der insgesamt 700 Künstler durch das Publikum und die Medien hin. Über den künstlerischen Wert des Festivals hinaus seien auch der fremdenverkehrspolitische Aspekt und die positiven Auswirkungen auf die Beziehungen zu Japan zu sehen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Sanierung Stephansdom

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte einen Förderungsbeitrag von 600.000 Schilling für die Sanierung von Stephansdom und Karlskirche.

Die nun notwendige Spendenaktion zur Sanierung des Stephansdoms führe das Versagen der Kultur- und Baupolitik auf Bundesebene vor Augen, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Die Stadt Wien müsse kritischer sein, wenn es um die im Budget der Bundesregierung kläglich dotierten Bundeskulturbauten gehe. Es sei aber auch die Sache der Stadt Wien, mehr Initiative zu zeigen, wenn es auch nicht darum gehe, eine Ausfallshaftung für den Konkurs auf Bundesebene, in der nur „Trink-

Forts. von Blatt 634

Forts. auf Blatt 636

gelder“ für die Erhaltung von Kulturbauten vorgesehen seien, zu übernehmen. Bisher habe das Abkommen über die Kulturbauten zwischen dem ehemaligen Bautenminister Übleis und Bürgermeister Dr. Zilk nur Versprechungen, aber keine Auswirkungen gezeigt.

Die ÖVP habe dieses Abkommen, erklärte GR. Mag. KAUER (ÖVP), schon bei seinem Zustandekommen kritisiert. Zum Stephansdom sagte Kauer, es sei zu befürchten, daß dieser politische und geistige Orientierungspunkt Österreichs zwar Jahrhunderte überdauert habe, das 20. Jahrhundert aber nicht überstehen werde. So hätten sich seit 1980 alarmierende Meldungen gehäuft. Es sei nicht einzusehen, daß bei Investitionen von vier- bis fünfhundert Millionen Schilling für das Ronacher, einer Milliarde Schilling für das Neugebäude oder 140 Millionen Schilling für das Raimundtheater kein Geld für ein österreichisches Symbol wie den Stephansdom vorhanden sei. Die ÖVP stelle deshalb den ANTRAG auf eine Subvention für die Rettung des Domes von 20 Millionen Schilling jährlich auf die Dauer von zehn Jahren.

Bereits seit 1954 unterstütze die Stadt Wien, erklärte GR. Dr. AIGNER (SPÖ), die Erhaltung des Stephansdoms, was sich insgesamt in einer Summe von 13,5 Millionen Schilling ausdrücke. Derzeit würden rund 500.000 Schilling auf dem Subventionswege und aus den Mitteln des Altstadterhaltungsfonds jährlich zur Verfügung gestellt. Aigner erinnerte an die Erhaltung der zahlreichen Sakralbauten, nicht nur monumentaler Natur, für die die Stadt Wien im Rahmen ihres Budgets selbstverständlich Sorge. Die geplante Aktion „Unser Stephansdom“ werde am 10. April von Bürgermeister Zilk und Erzbischof Dr. Groer der Öffentlichkeit vorgestellt.

Diese beispielhafte Aktion sei als eine „Miss Liberty-Campagne“ in Wiener Dimensionen geplant, bei der es darum gehe, rund 10 Millionen Schilling jährlich zur Sanierung des Stephansdoms auf dem Spendenwege einzubringen. Aigner kritisierte die angekündigte Aktion „Domgulden“ der Wiener ÖVP, die ein Anliegen, das ein nationales sein sollte, parteipolitisch mißbrauche, und lud die ÖVP zur Mitarbeit an der Aktion „Unser Stephansdom“ ein.

Sanierung Stephansdom

Bürgermeister Dr. ZILK rief dazu auf, den Stephansdom als großes gemeinsames Wahrzeichen zu retten, um es für nachfolgende Generationen zu bewahren. Es habe ihn, so Zilk, die Findigkeit des amerikanischen Volkes bei der Rettung der Freiheitsstatue in New York tief beeindruckt. Der Erzbischof von Wien habe großen Gefallen daran gefunden, mittels einer großen Rettungsaktion die notwendigen Finanzmittel für die Erhaltung des Domes aufzubringen. Auch sei dazu ein Verein gegründet worden, dem zahlreiche parteiungebundene Personen angehören. Diese Initiative werde man am 10. April der Öffentlichkeit vorstellen, und er ersuche schon heute um die Mitarbeit aller, sagte Zilk. Es sei eine große Chance, den Stephansdom als Symbol der Stadt Wien durch ein gemeinsames Helfen und Handeln zu retten. Bereits jetzt seien erste namhafte Geldbeträge eingelangt. Die Rettungsaktion sollte nicht zum Gegenstand der Parteipolitik gemacht werden.

ABSTIMMUNG: Der ÖVP-Beschlußantrag wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen. Der Antrag der Berichterstatter wurde einstimmig angenommen.

Verkauf eines Grundstückes

GR. HONAY (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Baurechtsvertrag für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Altmannsdorf und Hetzendorf“ aufzulösen und die stadteigene Liegenschaft in Inzersdorf im Ausmaß von 1.453 Quadratmeter an diese Genossenschaft zu verkaufen.

Forts. von Blatt 635

Forts. auf Blatt 637

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sprach sich gegen diese Transaktion aus. Der Gemeinderat habe seinerzeit einen Grundsatzbeschluß gefaßt, Gemeinnützigen Wohnbauträgern einen Preisnachlaß bis zu 25 Prozent beim Verkauf von stadteigenen Liegenschaften einzuräumen. Im konkreten Fall werde jedoch ein Rabatt von rund 40 Prozent gewährt. Diese Transaktion könne nicht im Interesse der Stadt liegen.

GR. SEVCIK (SPÖ) betonte, bei einem Baurechtszins von 6,5 Prozent per anno würde in 10 Jahren 1,3 Millionen erzielt, so aber derzeit rund 2 Millionen. Diese Transaktion sei daher auch von der wirtschaftlichen Seite her vernünftig.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wohnpark Wilhelmsdorf - Flächenwidmung

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) beantragte einen neuen Flächenwidmungsplan für ein Gebiet in Meidling zwischen Abmayergasse und Längenfeldgasse.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) verwies auf die ablehnende Stellungnahme der Arbeiterkammer zum Projekt der Errichtung einer großen Wohnhausanlage auf diesem Gelände, weil die Bebauungsdichte zu hoch vorgeesehen sei. Damit werde die Struktur des Stadterneuerungsgebietes Wilhelmsdorf aus dem Gleichgewicht gebracht. Daher sollte der Antrag in dieser Form nicht realisiert werden.

GR. GLÜCK (ÖVP) begrüßte die angekündigte Ablehnung der Freiheitlichen im Gemeinderat, denn in der Bezirksvertretung hätten sie sogar einem größeren Projekt zugestimmt. In Wilhelmsdorf gebe es einen Mangel an Grünflächen, und es fehle an Infrastruktur. Auch der Beirat für Stadtplanung halte das Projekt für zu groß. Glück meinte, auch im Park auf dem Gelände des ehemaligen Pfann'schen Bades gebe es nicht genug Grünflächen, und in nächster Nähe wurden Grünlandwidmungen im Bauland geändert. Die beim Leopoldi-Park geplanten Baulichkeiten sollten im Wohnpark Wilhelmsdorf integriert werden. Das betreffe das Seniorenzentrum ebenso wie Kindergärten. An der Längenfeldgasse sollte ein Gewerbehof entstehen. Ein Großteil des Areals sollte als Grünfläche ausgestaltet werden.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte, er könne der Stellungnahme der Arbeiterkammer nicht zustimmen, denn auch in dichtbebauten Stadtgebieten sollen neue Wohnungen für junge Menschen gebaut werden. Dies bedeute auch eine Aufwertung für dieses Gebiet. Ein Teil des in Redestehenden Areals werde als Park ausgestaltet, und auch zwischen den Bauten wird es Grünflächen geben. Weil man wollte, daß es im Hermann-Leopoldi-Park (Pfann'sches Bad) auch Sportmöglichkeiten geben soll, mußte man auf eine weitergehende Grüngestaltung (Rasen) verzichten. Abgesehen davon sei auch an der Vierthalergasse ein Park geplant. Infrastruktureinrichtungen, darunter ein Kindergarten und Geschäfte, sind in dem neuen Wohnbauprojekt enthalten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Flächenwidmungsplan Donaustadt

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) beantragte die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wulzendorfstraße und Am Mühlwasser beiderseits der Tamariskengasse im 22. Bezirk.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) begrüßte in diesem Zusammenhang die Reduzierung der Straßenbreite der Tamariskengasse, die von der FPÖ 1985 beantragt worden war.

Forts. von Blatt 636

Forts. auf Blatt 638

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Instandsetzung städtische Wohnhausanlage Herbortgasse

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) beantragte die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage Herbortgasse 22-24, Stiege 1 bis 16, in Simmering.

GR. FUCHS (ÖVP) kritisierte generell die mangelnde Mitsprachemöglichkeit der Mieter in städtischen Wohnhausanlagen bei Reparaturarbeiten. Es gebe zahlreiche Beispiele für Baumängel auch in neueren Wohnhausanlagen und Beispiele fahrlässiger Sanierungsmaßnahmen wie etwa schlechte Wärmedämmungen. Die Mieter hätten in all diesen Fällen zu wenig Rechte. Fuchs stellte in diesem Zusammenhang die ANTRÄGE, im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen eine Informationspflicht und Kontrollmöglichkeit zugunsten der Mieter einzuführen und ein Sanierungskonzept für den Karl-Wrba-Hof zu entwickeln.

GR. LUSTIG (SPÖ) wies darauf hin, daß gerade der vorliegende Antrag mit den notwendigen Arbeiten in der Dachzone eines Hauses eher untypisch im Zusammenhang mit den Vorwürfen, und Wünschen, von GR. Fuchs sei. Generell sei auch er dafür, Mängel bei Neubauten und Instandsetzungen durch bessere Kontrolle zu verhindern. Darüber hinaus appelliere er an die Gewerbetreibenden, derartige Mängel erst gar nicht auftreten zu lassen. Schließlich wies Lustig darauf hin, daß Stadtrat Edlinger die Mietermitbestimmung bereits in ein neues Konzept für die Wohnhäuser der Stadt Wien eingebunden habe, das noch heuer in Kraft treten soll. Auch beim Wrba-Hof sei man dabei, die entsprechenden Veranlassungen in die Wege zu leiten.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) kritisierte, daß ein 1980 beschlossenes Energiesparprogramm unter besonderer Berücksichtigung der Wärmedämmung bei Wohnhäusern noch immer nicht verwicklicht worden sei. Er stellte den ANTRAG, Sanierungskonzepte bei Altbauten oder bei Wohnhäusern mit Energiekonzepten zu koppeln und bei Fassadensanierungen den Vollwärmeschutz vorzusehen. Abschließend kritisierte Mandahus die Anbotspraxis bei verschiedenen Bauvergaben im Bereich der Stadt Wien. Insbesondere im Bereich der Aufzugseinbauten erscheine ihm diese fragwürdig. Er beantragte daher, das Kontrollamt möge diese prüfen.

Generell ortete Mandahus eine Bevorzugung bestimmter Bieter in verschiedenen Bereichen. Darüber hinaus verwahrte er sich gegen Vorwürfe, daß er aus seiner Position als Gemeinderat für seine Firma Vorteile erziele.

GR. HAHN (ÖVP) sprach sich gegen den Vorwurf aus, die ÖVP sei für eine Totalsanierung auf Kosten der sozial Schwachen. Dies sei nicht der Fall, man müsse die richtigen Mittelwege suchen.

StR. HATZL (SPÖ) nahm zu einer speziellen, von GR. MANDAHUS aufgeworfenen Ausschreibung Stellung und verwahrte sich gegen die Behauptung der Manipulation durch Bedienstete des Gaserkes.

StR. EDLINGER (SPÖ) fand es bemerkenswert, daß über die Instandsetzung von Rauchfängen eines kleinen Gemeindebaus eine so lange Debatte geführt wird, die von der Mietermitbestimmung bis zur Stadterneuerung reiche. In der Frage der Mietermitbestimmung danke er GR. Fuchs für die offensichtliche Unterstützung und er hoffe auf eine baldige gesetzliche Verankerung der Mietermitbestimmung. Im Karl-Wrba-Hof habe die Stadt Wien als Hauseigentümer Gespräche mit den Mietern geführt, und die Instandsetzung der Baumängel werde in Angriff genommen. Wärmedämmende Fassaden dürften Hausbewohnern nicht aufgezwungen werden, da sie die Kosten dafür zu tragen hätten. Diese Forderung der ÖVP widerspreche ihren Bekenntnissen zur Mietermitbestimmung. Edlinger verwahrte sich schärfstens gegen den Vorwurf der ÖVP, es käme zu unredlichen Ausschreibungsmethoden einzelner Magistratsabteilungen. Aus dem Kontrollamtsbericht gehe eindeutig die Korrektheit der Ausschrei-

Forts. von Blatt 637

Forts. auf Blatt 639

bungen hervor. Abschließend betonte der Stadtrat, daß sich die Strategie der Totalsanierung als falscher Weg erwiesen habe und soziale Probleme entstanden seien. Er selbst habe mit Mietern betroffener Häuser gesprochen und sei entschlossen, alle Möglichkeiten der Verwaltung gegen die Spekulanten auszuschöpfen.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) stellte in einer tatsächlichen Berichtigung fest, daß er keinen Vorteil aus seiner politischen Funktion habe, weil er erst bei der Anbotseröffnung anwesend sein könne.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die ÖVP die Totalsanierung bevorzuge. Vielmehr müßten in solchen Fällen sinnvolle Sozialpläne erarbeitet werden. Besondere Probleme gebe es in jenen Fällen, wo infolge eines Interessensbescheides eine Sperre von Förderungs-mitteln nicht möglich sei, weil die Vorhaben frei finanziert werden.

StR. EDLINGER unterstrich, daß sich im Stadterneuerungsfonds die Diskussion an der Frage der Totalsanierung entzündet habe. Die Totalsanierung sei kein parteipolitisches, sondern vielmehr ein menschliches und soziales Problem. Im Mittelpunkt müsse stets der betroffene Hausbewohner stehen, auch dann, wenn es technisch bessere Lösungen der Sanierung gebe.

Bürgermeister Dr. ZILK erklärte, daß GR. Mandahus als Mitglied des zuständigen Gemeinderatsausschusses bevorzugt sei, weil er den Vorteil des Einblicks in alle Angebote genieße und langfristige Trends erkennen könne. Seine berufliche und politische Stellung seien unvereinbar.

StR. NEUSSER (ÖVP) betonte, daß es keine rechtliche Regelung gebe, wonach Gewerbetreibenden eine politische Betätigung untersagt sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die drei Beschlußanträge wurden einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Rechter Donaudamm

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) beantragte die Genehmigung der Errichtung des Rechten Donaudamms, Abschnitt 4, und des Übereinkommens betreffend die bauliche Vorleistung durch die Österreichische Donaukraftwerke AG.

Er sehe, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), durch den Punkt 3 des Antrages den Bau der Staustufe Wien als beschlossene Sache an. Dies stehe im Widerspruch zu den Wünschen der Wiener Bevölkerung. Darüberhinaus seien technische und sachliche Fragen, wie die Abwasserklärung in Niederösterreich, die Wasserqualität im Stauraum usw. nicht geklärt. Der Wettbewerb Donaauraum habe die Erwartungen bei weitem nicht erfüllt. Pawkowicz kritisierte, daß die Wiener ÖVP immer noch keinen konsequenten Standpunkt zur Staustufe Wien bezogen habe und damit die Bürger verunsichere.

Durch den Punkt 3 des Vertrages, erklärte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), werde die Staustufe Wien zum Faktum. Deshalb werde seine Fraktion diesem Punkt des Antrages nicht zustimmen. Eine Reihe von Problemen wie Donaukanal, Wasserqualität, Grundwasser und Eintiefungstendenzen seien ungelöst. Der vorliegende Antrag lasse den Bürger glauben, daß grundlegende Entscheidungen bereits getroffen worden seien. Es gelte, keine Präjudizien zu treffen und damit die Entscheidung für den Bürger offen zu lassen.

Die diesem Antrag entsprechenden baulichen Maßnahmen, erklärte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ), würden im Sinne einer vorbeugenden Politik getroffen. Es gehe nicht an, daß die Diskussion um die Gestaltung des Donaauraumes

Forts. von Blatt 638

Forts. auf Blatt 640

Forts. von Blatt 639

auf die Staustufe allein reduziert werde. Dementsprechend sei auch im Wettbewerb kein Projekt, das die Nullvariante berücksichtigt habe, abgelehnt worden. Die Staustufe Wien, betonte Häupl, sei keine „ausgemachte Sache“. Unabhängig von einer Entscheidung über einen Kraftwerksbau gebe es aber Fragen des Donauraums, die gelöst werden müßten. Unter anderem seien dies die Folgeprobleme des Kraftwerks Greifenstein. Vor dem Hintergrund einer sachlichen Klärung dieser Fragen werde eine Entscheidung über den Bau der Staustufe Wien getroffen und die Wiener dazu befragt werden.

GR. Ing. WORM (ÖVP) begrüßte die sachliche Diskussion und betonte, es gebe auf beiden Seiten konträre Ansichten. Er freue sich über die Zusage, daß die Staustufe „keine ausgemachte Sache“ ist. Zur sogenannten Schmalwandkastenkonstruktion an der rechten Donauseite sagte Worm, die Konstruktion möge zwar auf dem Papier in Ordnung sein, aber nirgendwo in der Welt würde ein derartiges Projekt auf eine Länge von 20 Kilometern funktionieren. Zur Frage der Sohleneintiefung zeigte sich Worm skeptisch; es gebe keinen Nachweis über die Meßmethoden. Zum Donauraum-Wettbewerb merkte der Redner an, daß auch die Jury festgestellt habe, kein einziges Projekt sei zu realisieren. Er freue sich dennoch darüber, daß hier im Wiener Gemeinderat eine sachliche und emotionslose Diskussion darüber möglich sei.

GR. OBLASSER (SPÖ) stellte zur Frage Donauraum-Wettbewerb fest, es seien nicht nur für das Kraftwerk, sondern für den gesamten Donauraum Vorschläge eingebracht worden. Die Jury sei zu der Auffassung gekommen, daß durch die Eintiefung der Donau sowie die Grundwasserverluste die Wasserqualität von Neuer und Alter Donau langfristig gefährdet sei. „Wenn wir nichts machen“, sagte Oblasser, „dann tritt das ein, was wir nicht wollen“. Nun müssen alle Fakten zusammengefaßt werden, und eine endgültige Entscheidung könne erst dann fallen, wenn alle Vorfragen geklärt seien, wobei auch die Mitbestimmung der Bevölkerung gesichert sei.

StR. BRAUN (SPÖ) befaßte sich mit dem vorgelegten Antrag: Die damit beschlossenen 350 Meter Rechteck Donaudamm würden zusätzlich zum absoluten Hochwasserschutz errichtet. Damit sollten alle Risiken vermieden werden. Die Entscheidung darüber gehe von einer weitblickenden Überlegung aus, unabhängig davon ob eine Staustufe errichtet werde oder nicht. Durch den Vertrag mit der DoKW werde von dieser eine Vorleistung erbracht, unabhängig von der Entscheidung über die Staustufe.

ABSTIMMUNG: Die Errichtung des Donaudammes wurde einstimmig genehmigt, der Vertrag mit den Donaukraftwerken über die baulichen Vorleistungen mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Radweg Laxenburgweg

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte 480.000 Schilling als zusätzliche Mittel für den Ausbau des Radwegs „Laxenburgweg“. Die Kosten entstehen durch zusätzlichen Asphaltierungsbedarf.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) meinte, Radwege würden zu teuer und zudem unsicher gebaut, weil sie den Benutzern ein falsches Gefühl von Sicherheit vermitteln.

Forts. auf Blatt 641

GR. GAAL (SPÖ) erklärte, so bezeichnete „Luxusradwege“ würden nur dort gebaut, wo dies die Sicherheit erfordert. Darüber hinaus werde stets die kostengünstigste Lösung angestrebt. Der Laxenburgweg mit einer Länge von 20 Kilometern zwischen Schwarzenbergplatz und Gumpoldskirchen sei eine sehr wichtige Verbindung.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Dezentralisierungsdebatte

GR. JANK (SPÖ) stellte drei Anträge zur geplanten Dezentralisierung. Sie betreffen die Verwaltung von Haushaltsmitteln durch die Organe der Bezirke, die Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen und die Änderung der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, daß damit die Möglichkeit eigenständigen Arbeitens in den Bezirken beginne. Hirschall wies auf die konstruktiven Parteiengespräche zur Änderung der Geschäftsordnung in den Bezirken hin, wodurch die Rechte der Minderheitsfraktionen gesichert wurden.

StR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) bezeichnete die Dezentralisierung als Konkretisierung einer kleinen Verfassungsreform, die neue Möglichkeiten der Demokratie auf Bezirksebene eröffnet. In diesem Zusammenhang sprach sich WELAN für einen weiteren Ausbau der Demokratie und für weitere Reformen aus.

GR. Mag. ZIMA (SPÖ) brachte zunächst einen von allen drei Parteien gestellten Abänderungsantrag zur Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen ein. Der Antrag sieht vor allem vor, alle Bezirksräte zu Ausschusssitzungen und zur Akteneinsicht einzuladen und das Protokoll an alle Fraktionen zu verschicken. Zima bezeichnete die getroffenen Maßnahmen als große Veränderungen im Dienste der politischen Weiterentwicklung, wandte sich jedoch gegen Forderungen der ÖVP nach weiteren Maßnahmen der direkten Demokratie, die er als populistisch und letzten Endes in eine Sackgasse der Manövrierunfähigkeit führend bezeichnete.

ABSTIMMUNG: Die drei Anträge sowie der Abänderungsantrag wurden einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete kurz vor 20 Uhr. (Schluß)

Forts. von Blatt 640